

UZUnsere Zeit
Zeitung der DKP

Juli 2012

notizen

aus Bottrop und Kirchhellen

Wäre unsere Stadt eine Bank, wäre sie längst gerettet!

Größte Sparorgie der Stadtgeschichte

Als einzige Fraktion hat die DKP im Rat der Stadt den Beitritt zum sogenannten „Stärkungspakt Stadtfinanzen“ abgelehnt. Bis zu 11 Millionen Euro sollen künftig jährlich eingespart werden. Die Folgen für die Bürger werden dramatisch sein.

Oberbürgermeister Tischler hat hatte die Situation der Stadt mit Griechenland verglichen. Mit diesem Land wurde ein radikaler Schuldenschnitt vereinbart. Dies fordert die DKP seit langem auch für die überschuldete Stadt Bottrop! Im Grunde genommen haben wir in Deutschland ein Reichtumsproblem! Ein Schuldenschnitt für die überschuldeten Städte wäre machbar, wenn er politisch gewollt wird!

Während sich die Städte kaputtsparen sollen, werden Konzerne und Reiche in unserem Land immer mehr von Steuern und Abgaben befreit. Es ist ein Unding, dass bei uns radikal der Rotstift in allen Bereichen angesetzt wird und wir bis zum Jahr 2019 weiterhin jährlich über 2 Millionen Euro in den Fonds Deutsche Einheit einzahlen müssen. Seit Beginn dieser Zahlungen hat Bottrop einschließlich Zinslasten insgesamt 125 Millionen Euro für den Fonds Deutsche Einheit aufgewendet. Dies sind zwei Drittel der heutigen Liquiditätskredite der Stadt. Ich hatte mich hier im Rat schon vor 12 Jahren gegen die Zahlungen nach der Himmelsrichtung ausgesprochen. Inzwischen ist dies Allgemeingut auch bei den

Parteien im Bundestag geworden. Geändert hat sich jedoch noch nichts!

Von den Befürwortern des Stärkungspaktes wird argumentiert, es sei nicht zu verantworten, nachfolgenden Generationen einen immer größeren Schuldenberg zu hinterlassen. Für noch schlimmer hält die DKP es, den künftigen Generationen eine kaputte kommunale Infrastruktur zu übergeben, in der keiner mehr leben will. Jeder Euro, den wir heute „einsparen“, kommt uns in der Zukunft teuer zu stehen, denn selbst die neuen, schön gerechneten Zahlen bedeuten in der Konsequenz für unsere Stadt:

- Schließung vieler sogenannter „freiwilliger“ Einrichtungen und Beratungsstellen;

- Verkauf kommunalen Vermögens nach dem Motto: Privat vor Staat. Ein erstes Beispiel ist der Vorschlag der CDU, die Bezirkssportanlage Rhenania einem privaten Betreiber zu übergeben;

- eine drastische Erhöhung der Gebühren sowie der Grundsteuer B und damit ein weiterer Anstieg der Mieten;

- immer schlechterer Service für die Bürger mit langen Wartezeiten im Bürgerbüro, z.B. bei der Bearbeitung von Anträgen;

- drastische Kürzungen bei den Personalausgaben.

Als einzige hatte die DKP schon im letzten Hauptausschuss Entlassungen bei den städtischen Beschäftigten vorausgesagt. Die Bestätigung durch den OB und den Kämmerer folgte nur drei Tage später durch ein Pressegespräch. Überschrift: „Unter das Sparziel fällt auch Personalabbau.“

Was einmal geschlossen wird, kommt nicht wieder und ist für kommende Generationen endgültig verloren!

Der Oberhausener Kämmerer hat gesagt: „Man kann zwar alles machen, aber dann will keiner mehr in der Stadt leben.“ Solche selbstkritischen Äußerungen vermisst die DKP bei unserer Stadtspitze völlig! Andere Bürgermeister schreiben

**Halten Sie sich
Samstag, den
1. September
schon mal
frei -
für das
Marktfest
der DKP
auf dem
Boyer Markt**

Brandbriefe an die Landesregierung und kritisieren den sogenannten Stärkungspakt. In Bottrop regiert wieder einmal der vorausseilende Gehorsam!

Michael Gerber, Tel.: 96227



Die Verwaltung hatte sich schon damit abgefunden, dass der Bahnhof-Boy nicht barrierefrei ausgebaut werden kann, weil das die Bahn angeblich erst ab 1.000 Fahrgästen täglich finanziert. Daraufhin veranstalteten die Ausschüsse für Behinderte, Senioren und Soziales eine Protestkundgebung vor Ort. Mehr als 100 Demonstranten – viele in Rollstühlen – forderten Aufzüge. Der technische Beigeordnete Höving beklagte, sei es nicht leicht, bei der Deutschen Bahn die Zuständigen zu finden. Inzwischen scheint klar: Es können Fahrstühle gebaut werden, das Geld für Bau und Wartung ist da. Es fehlt nur noch der Antrag des Herrn Höving an die richtige Adresse.

Auch in Bottrop

40 Jahre Berufsverbote

Vor 40 Jahren verabschiedete die damalige Bundesregierung unter Willy Brandt die Berufsverbote, mit denen massenhaft missliebige, vor allem kommunistische Beamte aus ihren Berufen ferngehalten werden sollten. Auch in Bottrop gab es Menschen, die davon betroffen waren, eine davon war die Lehrerin Traudel Plümpe. Die NOTIZEN führten ein Gespräch mit ihr.

Frage: Wie wurde das Verfahren gegen Dich im Jahre 1980 begründet?

Traudel Plümpe: Es gab damals drei „Vorwürfe“, nämlich die Teilnahme an der Bundeskonferenz der Kinderorganisation „Junge Pioniere“, die Kandidatur bei der Kommunalwahl 1979 für die DKP und die Arbeit für die DKP im Schulausschuss der Stadt. Damals gerieten etwa 3,5 Millionen Menschen in die Mühle der sogenannten „Regelanfrage“ beim Verfassungsschutz, etwa 1250 Bewerber wurden abgelehnt, 265 entlassen – es fand eine Hexenjagd statt.

Frage: Das war für Dich sicher ein Schock?

Traudel Plümpe: Alles in Allem kann ich nur sagen, dass ich trotz zweier Jahre in Ungewissheit wirklich Glück im Unglück hatte, weil in Bottrop die politischen Uhren anders gehen, als im übrigen Land. Es gab damals eine sehr breite Solidarität, es wurden 1.500 Unterschriften gesammelt, sieben evangelische Pfarrer äußerten sich öffentlich gegen das drohende Berufsverbot, weitere bundesweit bekannte Pfarrer – Albertz und Scharf – unterschrieben, die Gewerkschaften unterstützten mich! Ohne diese breite Solidarität wäre das Verfahren gegen mich sicher nicht eingestellt worden.

Frage: Gibt es etwas, an das Du Dich besonders erinnerst?

Traudel Plümpe: Die Solidarität meiner Schüler und von deren Eltern! Vor Beginn der sogenannten Anhörung empfingen mich 14 Eltern mit großen Blumensträußen – ich konnte sie aber nicht mit hinein nehmen! Ein Bediensteter kam dann

während der „Anhörung“ mit dem Riesenstrauß in das Zimmer mit der Bemerkung, er solle ihn hier abgeben. Der Vorsitzende orderte sichtlich irritiert einen Wassereimer, in den die Blumen dann gestellt wurden. Das stärkte mir den Rücken, ebenso, dass die Eltern vier Stunden vor dem Gebäude auf



mich warteten!

Frage: Es entstand wohl auch eine Verlegenheitspause?

Traudel Plümpe: Als ich den Clemens Kraienhorst erwähnte, meinte der anwesende Schulrat: „Ach der Clemens! Den kenne ich gut. Bestellen Sie ihm schöne Grüße von mir!“ Das Gesicht des Vorsitzenden der „Anhörung“ versteinerte – er sagte erst mal nichts mehr! Das war schon ziemlich grotesk!

Frage: Gibt es aktuelle Bezüge zu heute?

Traudel Plümpe: Ja, schon damals war der Verfassungsschutz auf dem rechten Auge blind – das ist er heute immer noch, wie an den Morden der Nazi-Truppe NSU mehr als deutlich zu erkennen ist. Ich wohne ja schon einige Zeit nicht mehr vor Ort, daher möchte ich zum Schluss noch alle „Ehemaligen“ in Bottrop grüßen und mich für die empfangene Solidarität bedanken!

Wer den Schaden hat...

Skrupellose Praktiken eines Automobilhändlers

Im Oktober letzten Jahres hat der Rat der Stadt gegen die Stimmen der DKP den Flächennutzungsplan der Stadt Bottrop geändert. Ziel des Beschlusses war es, der Firma Procar auf dem ehemaligen Sackersgelände an der Kirchheller Straße die Möglichkeit einzuräumen, ein neues Autohaus zu bauen.

Die DKP hatte von Anfang an auf Risiken und Nebenwirkungen des Ratsbeschlusses hingewiesen. Sie war und ist der Meinung, dass der Schutz einer „Fläche zur Sicherung besonderer Klimafunktionen“, als welche der geplante Standort von Procar an der Kirchheller Straße im Flächennutzungsplan ausgewiesen ist, Vorrang haben muss.

Man brauchte keine Glaskugel, um zu prophezeien, dass es nicht lange dauern würde, bis das neue Autohaus auf dem Sackers-Gelände, das CDU und SPD so leichtfertig für Procar geopfert haben, genauso leer stehen würde, wie das ehemalige Autohaus Dreiskämper auf der Gladbecker Straße.

Dem Rat der Stadt wurde in keiner Phase der Beratung die volle Wahrheit erzählt. Die Ratsvertreter der beiden großen Parteien sind offenbar so leichtgläubig, dass sie einem Finanzjongleur wie dem Chef von Procar, Herrn Jänsch auf den Leim gingen. Der hatte sich nämlich verspekuliert. Gegen Procar waren an zehn von 18 Standorten im Ruhrgebiet Räumungsklagen anhängig. So auch bei der Niederlassung in Bottrop.

Als die DKP-Fraktion eine neue Beratung beantragen wollte, wurde DKP-Ratsherrn Ulrich Kunold vom Oberbürgermeister bei der Begründung des Antrages sogar das Wort entzogen. Wie nicht anders zu erwarten, wurde der Antrag nicht auf die Tagesordnung gesetzt. Die Abstimmung war ziemlich knapp, fehlte doch nur eine Stimme, dann hätten sich

CDU und SPD der Diskussion im Rat nicht entziehen können. Doch mit der Nichtbehandlung des Antrages war das Thema „Procar“ nicht beendet. In der Hauptausschusssitzung im Dezember wurde das Thema nur in Nichtöffentlicher Sitzung behandelt, obwohl die DKP beantragt hatte, die Erörterung in öffentlicher Sitzung durchzuführen. Hier wurde die kommunale Demokratie und das Gebot der Transparenz missachtet. Informationen, die Grundlage für politische Entscheidungen sind, wurden bewusst unter Ausschluss der Öffentlichkeit gegeben. Wer da meint, hier wurde gekungelt, kann das nur hinter verschlossenerer Tür äußern.

Es kam dann, wie es kommen mußte: Procar „verzichtete“ im Juni auf seine Ausbaupläne für das Sackers-Gelände! Jänsch hatte gepokert, die DKP hatte schon von Anfang an - wie die WAZ meinte - „in den Plänen für das Sackers-Gelände einen Spielzug im Mietpoker von Procar mit seinem Vermieter gesehen... und eine Salami-Taktik zur späteren Nutzung weiteren Grüns im Umfeld“ befürchtet. Es dürfte für die Zukunft spannend werden:

- Was wird aus dem Gelände?
 - Wer trägt die Folgen und die Kosten der Spekulation?
 - Werden SPD und CDU weiterhin der öffentlichen Diskussion entziehen?
 - Gab es im Hintergrund im Parteienfilz Leute, die nicht nur uneigennützig Herrn Jänsch einen Gefallen tun wollten?
- Fragen über Fragen - die DKP wird nachhaken.

Irmgard Bobrzik, Tel.: 62020

Innowäischn Ssittie leid - oder wie?

Prima Klima - Schutz oder Nutz??

In einer Rede vor dem Rat der Stadt Bottrop brachte es DKP-Ratsherr Uli Kunold auf den Punkt: Innovation City heißt noch lange nicht Klimaschutz. Er sagte: „Heute wird der Rat der Stadt das Klimaschutzkonzept der Stadt Bottrop verabschiedet. Doch dieses Konzept ist - wie so oft in der Vergangenheit - nur ein Reagieren auf bestehende Veränderungen.

Klimaschutz ist nämlich der Sammelbegriff für Maßnahmen, die der durch den Menschen verursachten globalen Erderwärmung entgegen wirken sollen. Aus Sicht vieler Forscher ist die Erderwärmung und der Klimawandel nicht mehr völlig zu stoppen.

Daher kommt aus Sicht der DKP-Ratsfraktion ein solches Konzept viele Jahre zu spät. Schon in den 70er Jahren haben Forscher und Wissenschaftler sowie die Umweltschutzbewegung vor der Klimakatastrophe gewarnt. Sie erhielten dafür von den Politikern nur ein müdes Lächeln. Doch heute tritt genau das ein, was die Wissenschaftler und Umweltschützer vor Jahrzehnten prophezeit haben. Viele Maßnahmen, die im vorliegenden Klimakonzept dargestellt sind, sind vorbildlich und zeichnen Bottrop aus.

Lassen Sie mich aber auf ein Leitziel des Konzeptes näher eingehen: Null Emission! Doch Zero-Emission heißt laut Klimakonzept: Maximale Reduktion der CO2-Emissionen in Modellprojekten in allen relevanten Handlungsfeldern. Und nicht Null Emissionen!

Statt mit solchen Begriffen herumzuwerfen, sollten wir Klimaschutz ernst nehmen. Wie ernst der Klimaschutz von den meisten hier im Rat genommen wird, sehen wir daran, dass immer noch weiter Grünflächen in Bottrop zubetoniert werden sollen, siehe z. B. Innenfläche

Möddericher Straße oder an der Beckheide. Diese Frischluftschneisen verbessern nämlich nachweislich das Klima in Bottrop.

Wie rückwärtsgewandt z. B. die SPD in Bottrop ist, zeigt ihr stures Festhalten am Ausbau der B224 zur A52, obwohl ihre Genossen in den anderen Städten und im Land langsam aber sicher diesem unsinnigen und umweltgefährdenden Projekt den Rücken kehren.

Wenn im Klimaschutzkonzept festgestellt wird, dass der größte CO2-Emittent der Straßenverkehr ist, ist das Festhalten an einer Verkehrspolitik der Vergangenheit in der man auf den Bau von Autobahnen setzt, nur mit Starrsinn und Dummheit zu begründen. Eine weitere Transitautobahn durch das Ruhrgebiet bedeutet mehr LKW- und auch mehr PKW-Verkehr durch Bottrop. Das Verkehrskonzept der Zukunft muss auf die Verringerung des PKW- und des LKW-Verkehrs setzen.

Die DKP-Fraktion hält daher unter anderem für nötig:

- Den Ausbau des Öffentlichen Personen Nahverkehrs
- Kostengünstige Nahverkehrsverbindungen
- Kürzere Taktzeiten

· Die Verlegung des Güterverkehrs auf die Schiene und das Wasser

· Die verstärkte Nutzung bzw. Einführung von alternativen Verkehrsmitteln, wie z. B. des CargoCap

· Mehr Radwege, etc.

Eigentlich müssen wir ein Umweltschutzkonzept für einen ökologischen Umbau der Stadt Bottrop entwickeln. Denn Klimaschutz, Naturschutz, Artenschutz und biologische Vielfalt gehören zusammen und sind nur gemeinsam zu erreichen.

Dann darf es nämlich keine Bebauung in der Beckheide, kein Gewerbegebiet Kraneburger



Feld, keine A52 und keine Abholzung der Bäume an der Osterfelder Str. geben.

Ich möchte meine Rede mit einer indianischen Weissagung, die das Problem schon vor mehr als 100 Jahren auf den Punkt brachte: „Erst wenn der letzte Baum gerodet, der letzte Fluss vergiftet und der letzte Fisch gefangen ist, werdet ihr merken, dass man Geld nicht essen kann.“,

Uli Kunold, Tel.: 7734190

Erst wenn die letzte Wiese asphaltiert und die letzte Innenfläche bebaut ist, werdet Ihr merken, dass man Beton nicht essen und auf Autobahnen nicht spielen kann.

**Gegen den Flächenfraß
DKP**

Loch an Loch - und hält doch - noch!!

CDU/ SPD: Kein Geld für Straßen - aber Autobahn fordern!!

Die Gladbecker Bürger haben eine neue Autobahn durch ihre Stadt abgelehnt – anders die Bottroper Großparteien: Seite an Seite streiten SPD und CDU für den Ausbau der B224 zur A52, trotz Innovation City, trotz Kohlenmonoxid-Sparzielen und ohne Schalldämmung an A3 und B224. Dabei hätten sie doch vor der Nase, was sie für ihre geliebten Autos tun könnten: Sie könnten marode Straßen in Bottrop reparieren lassen. Jeder Autofahrer in Bottrops Nebenstraßen kennt das nämlich: Holpern und Rumpeln, die Anwohner können ein Lied von den Schlaglöchern und deren Effekt auf ihren Nachtschlaf singen.

Beispiele gefällig? Bitteschön!

Fangen wir mal mit dem unteren Ende der Rheinbabenstraße an, im Volksmund auch Schwangerschaftsunterbrechungsstrecke genannt. Hier wurde seit Jahrzehnten nichts gegen die Schlaglöcher getan – nur die Höchstgeschwindigkeit wurde von 50 km/h auf 30 km/h reduziert. Die Anwohner kennen den Fahrplan der Busse durch ihre Straße auswendig – sie hören sie ständig. ↓



Dann die Heimannstraße: Nicht nur, dass dort die Brücke zur Lütkestraße abgerissen wurde, sondern die Straße ist eine Holperstrecke nach wie vor. ↓



Oder die Paßstraße – das ist ja eigentlich schon keine Nebenstraße mehr: Direkt hinter der Kreuzung mit der Friedrich-Ebert-Straße erwartet den Autofahrer ein „Straßenschäden“-Hinweisschild! Und aus gutem Grund: Nach dem harten Winter 2010/11 verstärkten sich die Schäden – allenfalls ein paar notdürftige Ausbesserungen waren die Folge. ↓



Dann wäre da als Beispiel noch die Horster Straße. Von der Innenstadt kommend, holpert es ganz schön – auch hier ist Flickschusterei die Wahl der Zuständigen. Zwar ist das Polterloch an der Ecke Germaniastraße inzwischen beseitigt, in das gern die LKWs rumpelten und die halbe Nachbarschaft aufweckten, aber weiter in Richtung Boy finden sich immer noch nur „vorläufig“ ausgebesserte Schlaglöcher, in Höhe Mirkstraße würden zu schnell Fahrende abheben – da gibt es eine Bodenwelle, die sich gewaschen hat – Ähnliches findet man allerdings auch auf der Kirchhellener Straße kurz vor Kirchhellen. Das ist jedoch kein Trost! ↓



Und nicht zu vergessen: Die Fußgängerzone in der Innenstadt! Da fahren zwar keine Autos, aber die Kopfsteinpflaster – oder richtiger: Die Zwischenräume der Steine – laden herzlich als Stolperfallen ein. Dieser Zustand ist nicht neu, die Steine wurden vor Jahren durch eine Gruppe von Ratsherren persönlich in Italien ausgesucht! Sie waren schön und teuer – doch an die Lücken dazwischen und deren Auffüllen dachte (seit) damals niemand. ↓



Noch ein paar Verkehrs- und Straßenprobleme, die vernachlässigt werden und wurden, weil angeblich kein Geld da ist, weil die Autobahn Vorrang hat? Da wären zum Beispiel:

- die Tatsache, dass die Innenstadt nach wie vor durch eine Durchfahrt zerschnitten ist;
- der Aufreger, dass kein Geld für das Beseitigen von festgetrampelten Kaugummis an den bekannten Stellen da ist;
- das Ärgernis, dass Fußgänger an vielen Kreuzungen in der Innenstadt ihre Spurtstärke nachweisen müssen, um nicht auf der mittigen Verkehrsinsel stehen zu bleiben - die Ampelschaltung bevorzugt den „fließenden Verkehr“ und
- die nach wie vor nicht vorhandene Anbindung mancher Stadtteile mit Bussen ab dem frühen Abend – wer z.B. in der Ebel und der Welheimer Mark kein Auto hat, kommt nicht weit.

PS: Einen Überblick der Straßenschäden in unserer Stadt vom zuständigen städtischen Amt zu bekommen, ist unmöglich: Eine solche Übersicht gibt es nicht!!

Jörg Wingold, Tel.: 685911

A52 vorerst gestoppt

**Tunnelblick
überwunden?**

Die Gladbecker Bürgerinnen und Bürger haben der Transitautobahn durch das Ruhrgebiet eine Absage erteilt. Mit der Zusage von Bund und Land für einen kurzen Tunnel sollte den Gladbeckern die Zustimmung schmackhaft gemacht werden. Da in Gladbeck CDU, SPD und Grüne sich ihrer Sache sicher waren, wurde ein Ratsbürgerentscheid beschlossen. Die Gladbecker sollten über die Frage abstimmen, ob die Stadt zwei Millionen Euro aus dem Stadtsäckel zum 100-Millionen-Tunnel beitragen sollte oder nicht. Es ging in Wirklichkeit natürlich nicht um den Tunnel, sondern um das Startsignal für den Bau des Autobahnteilstücks in Bottrop. Nach der Gladbecker Zustimmung wäre das Riesen-Autobahnkreuz Wittringen gebaut worden. Ob dann nach 20 Jahren allerdings noch Geld für den Tunnel übrig geblieben wäre, stand in den Sternen.

In Gladbeck entwickelte sich eine intensive Diskussion. Die Gladbecker Bürgerinitiativen gegen die A52 waren aktiv. Die DKP in Gladbeck, die sich von Anfang an gegen die Transitautobahn ausgesprochen hatte, machte deutlich: „Wir brauchen nicht noch eine Autobahn, die Probleme mit der B224 sind anders zu lösen.“ Dass dann 56% der Beteiligten gegen die Transitautobahn stimmten und den Tunnel nicht haben wollten, hatten in dieser Deutlichkeit nicht viele erwartet. Denn die örtliche SPD, CDU, Grüne und die Stadtverwaltung hatten ihre ganzen Apparate auf Volldampf Werbung für die Zustimmung laufen lassen. Mit der Entscheidung in Gladbeck ist daher auch bewiesen:

Die da oben können nicht immer machen, was sie wollen! Es lohnt sich, für seine eigenen Interessen zu kämpfen!!

Manfred Plümpe, Tel.: 94135

Kurz & knapp - aber zum Teil schmerzhaft

Aktuelles aus dem Rat und den Ausschüssen

Die Bottroper CDU befürchtet, dass Schüler möglicherweise an den hiesigen Gymnasien abgewiesen werden müssen – weil zu viele Anmeldungen vorliegen und mokierte sich darüber in der Presse. Dieses Problem gab es jahrelang an den Gesamtschulen, nur hat sich die CDU da nie beschwert.

*

Bottrop hat einen Standortvorteil: Hier sind Beerdigungen billiger, als in vielen Nachbarstädten, so dass sich eine Art Beerdigungstourismus ergeben hat. Sage jetzt niemand, Bottrop sei eine tote Stadt!!

*

Zwei schöne Eigentore schoss der selbstherrliche Herr Liesbrock, Leiter des Quadrats, im Kulturausschuss: Zum einen meinte er auf die Frage, welche Kunstwerke denn noch im Keller des Quadrat lägen, dass das doch keinen interessiere. Na, wenn das so ist: Warum dann noch mehr Gemälde kaufen? Und er erwähnte, dass das bereits im Volksmund „die Latte“ getaufte längliche Werk des Künstlers Venezia „neben der Cafeteria“ hänge – gemeint ist da wohl der Kaffeeautomat.

*

Obwohl der Vertreter der DKP im Jugendhilfeausschuss nicht stimmberechtigt ist, fand sein Antrag, die Gelder für Verbände nicht – wie geplant – pauschal um zehn Prozent zu kürzen, immerhin fünf Unterstützer – das waren sachkundige Bürger von Verbänden.

*

Er heißt Jungmann und gilt als der Wadenbeißer der CDU, deshalb leistet er sich gelegentlich Aussagen, die das menschenverachtende Weltbild manch anderer Christdemokraten sicherlicher auch deutlich machen – es fuhr ihm von deren Seite nämlich niemand in die Parade. So meinte er mit dem Satz: „Es gibt Bevölkerungsgruppen, die uns mehr kosten“

die Empfänger von Sozialhilfe im Allgemeinen – also Behinderte, Kranke, Langzeitarbeitslose und so weiter. Bleibt zu hoffen, dass der Mann irgendwann mal selbst auf Sozialhilfe angewiesen ist.

*

Die Stadt spart – nur nicht am Flugplatz Schwarze Heide! Sie trägt die sogenannte Verlustabdeckung in Höhe von 137.500 Euro pro Jahr, damit ein paar Unentwegte von da aus fliegen können!

*

Demnächst werden die Mitglieder des Kulturausschusses wieder ein Problem haben: Eigentlich könnten ja alle dem Antrag zustimmen, das Museum für Ur- und Ortsgeschichte nach Arno Heinrich zu benennen – aber der Antrag dazu kommt von der DKP. Uijuijui – was jetzt?

*

Die DKP betrachtet es als ein Gebot der Transparenz, dass Entscheidungen über die künftige Zusammenarbeit mit der ELE, mögliche Verlängerungen der Konzessionsverträge mit der ELE sowie Alternativen wie die Rekommunalisierung des Strom- und Gasnetzes, die mögliche Gründung eines Stadtwerkes oder eine kommunale Mehrheitsbeteiligung an der ELE nicht unter Ausschluss der Öffentlichkeit beraten werden dürfen. Die Bürgerinnen und Bürger müssen in einer Entscheidung über die künftige kommunale Energiepolitik mit einbezogen werden. Die DKP hat daher beantragt, diesen Tagesordnungspunkt im Hauptausschuss öffentlich zu behandeln.

Die Stadt ist mit dem Projekt Innovation City angetreten zusammen mit den Bürgerinnen und Bürgern eine klimafreundliche Stadt zu entwickeln. Die kommunale Energiepolitik ist dabei ein zentraler Bestandteil. Den Zielen von Innovation City

widerspricht es, entscheidende Weichenstellungen ohne die Einbeziehung und Beteiligung der Öffentlichkeit vorzunehmen. Stattdessen werden in Geheimverhandlungen mit dem Atomkonzern RWE zentrale Vorentscheidungen getroffen.

*

Bereits zum Jahreswechsel davor waren aus Kostengründen die Hallenbäder nicht geöffnet. So geschah es auch „zwischen den Jahren“ 2011/12. Dies führte zu zahlreichen Beschwerden der Bürger, die unerwartet vor verschlossenen Türen standen. In einer Sitzung hatte der Betriebsausschuss des Sport- und Bäderbetriebes auf Vorschlag der DKP die Empfehlung gegeben, zumindest das Hallenbad im Sportpark für Badegäste zu öffnen. Zwischen den Feiertagen nutzen nämlich besonders gern Familien mit Kindern die Möglichkeit, sich im Wasser zu bewegen. Die Entscheidung der Stadt ist nicht familienfreundlich und widerspricht dem Anspruch von Bottrop als Sportstadt. Jetzt wird am Ende der Sommerferien das Hallenbad im Sportpark vom 18. - 21. August geschlossen, damit zwischen Weihnachten und Silvester das Hallenbad geöffnet bleibt.

*

Zum 15. Juni 2012 hat Manfred

Plümpe, Diplom-Soziologe, 68 Jahre alt, das DKP-Mandat als Mitglied in der Bezirksvertretung Mitte übernommen. Bisher war er schon als sachkundiger Bürger im Jugendhilfeausschuss, sowie als stellvertretendes beratendes Mitglied im Schulausschuss und im Behindertenbeirat tätig. Die bisherige Vertreterin der DKP in der Bezirksvertretung Bottrop-Mitte, Dagmar Gerber, hat ihr Amt aus gesundheitlichen Gründen niedergelegt.

*

Der Landschaftsverband Westfalen-Lippe und der Westfälische Heimatbund - beides keine linke Institutionen – haben ein Buch herausgegeben mit wissenschaftlich fundierten Empfehlungen zu Schul- und Straßennamen – mit dem Titel „Fragwürdige Ehrungen“. Nach dieser Empfehlung sind weder Agnes Miegel noch Karl Wagenfeld als Namensgeber tragbar. Die Empfehlung ist eindeutig.

Das Ergebnis der Anwohnerbefragung war voraussehbar, es liegt nahe, zu behaupten, es war so gewollt. In einer In-

Fortsetzung S. 7



Impressum

Ich möchte...

- Informationen über die DKP bekommen.
- Einladungen zu den Veranstaltungen
- Mitglied werden.

Name: _____
 Straße: _____
 PLZ, Ort: _____

Herausgeberin: DKP-Ratsfraktion im Rat der Stadt Bottrop

V.i.S.d.P.: Michael Gerber,
 Germaniastr. 54, 46236
 Bottrop

✉ s.o. ☎ 68 81 57

E-Mail: dkp-bottrop@t-online.de
 www.dkp-bottrop.de

Auflage: 35.000. Druck: Kiel-Druck, Kiel

Fortsetzung von S. 6

formationsveranstaltung hätte man solche Bedenken, wenn die Kosten der Umbenennungen anzulasten sind, leicht aus der Welt schaffen können und es wäre vor allem möglich gewesen, die Anwohner zu überzeugen. Stattdessen wird auf dem Fragebogens die Empfehlung des LWL zwar wiedergegeben, aber dann relativiert, interpretiert und mit einer Gegenmeinung ergänzt, so dass der Eindruck entsteht: Man kann das so sehen oder so - die Experten streiten sich.

Der Referent des LWL verweist auf den Nachlass des „Heimatchichters“ Karl Wagenfeld. Ein Zitat daraus: „Neger, Kaffern und Hottentotten sind Halbtier, Fremdrassige sind Volksver-

derber und Schädlinge, Menschen in ‚Krüppel- und Idiotenanstalten‘, in Fürsorgeheimen und Strafanstalten sind körperlich und geistig Minderwertige.“

Die Schulkonferenz der früheren Wagenfeld-Schule im Eigenen, die jetzt beschlossen hat, den Namen Astrid-Lindgren-Schule zu tragen, ist zu beglückwünschen. Man war und ist dort offensichtlich der Meinung, dass Pippi Langstrumpf, Kalle Blomquist und Michel aus Lönneberga bessere Vorbilder für die Schüler sind. Die Bezirksvertretung Mitte hält am Namen Wagenfeld fest und „widmet“ nur um, statt das zu tun, was auch die Schule in der Lage war zu tun! Beschämend!

Brücke Lütkestraße

Jetzt doch transparent



Die Bezirksvertretung Süd hat jetzt beschlossen, die Schutzwände an der geplanten Rad-Gehwegbrücke Lütkestraße nun doch „transparent“ zu bauen. Damit wird den Forderungen der Anwohner nachgekommen, die sich wegen der Entstehung von Angsträumen gegen Stahlwände ausgesprochen haben.

Die DKP hat die Anwohner bei der Forderung nach dem Bau einer Ersatzbrücke unterstützt. Innerhalb kürzester Frist wurden über 1700 Unterschriften mit der Forderung einer Ersatzbrücke gesammelt und dem Oberbürgermeister übergeben, vielfältige und fantasievolle Aktionen der Anwohner, Mahnwachen und engagierte und kompetente Auftritte in den Sitzungen der Bezirksvertretung haben dafür gesorgt, dass sich Politik und Verwaltung mit Nachdruck der Frage eines Brückenneubaus steilen mussten. DKP Bezirksvertreter Günter Ziemmek: „Ohne diese vielfältigen Aktivitäten der Anwohner wäre der Baubeschluss für eine neue Brücke sicherlich nicht so schnell gefasst worden. Jetzt erwarten die Bürger auch eine rasche Umsetzung der Beschlüsse.“

Günter Ziemmek, Tel.:262140

Empfehlung für Schulentwicklungsplanung vorgelegt

Breite Diskussion nötig

In der letzten Sitzung des Schulausschusses wurde von der Projektgruppe „Bildung und Region“ eine erste Empfehlung zur Schulentwicklungsplanung vorgelegt. Diese Empfehlung des externen Instituts beruht auf einer mehr als halbjährigen Arbeit der Arbeitsgruppe „Schulentwicklungsplanung“, die aus Vertretern aller Parteien besteht. Durch den Rückgang der Schülerzahlen wird sowohl die Zusammenlegung und Auflösung von Grundschulen empfohlen, als auch die Einrichtung von drei Sekundarschulen, in denen die Bottroper Haupt- und Realschulen aufgehen sollen. Die Sekundarschulen sollen allen Schülerinnen und Schülern die Möglichkeit bieten, die Qualifikation für die gymnasiale Oberstufe zu erreichen.

Die DKP-Fraktion hat seit Beginn der Diskussion darauf hingewiesen, dass es bei der Schulentwicklungsplanung nicht nur um die räumliche Planung und die Entwicklung der Schülerzahlen gehen darf, sondern in erster Linie um die Verbesserung der Qualität von Bildung.

Eine Schule für Alle und längeres gemeinsames Lernen bis zur 10. Klasse fordert die DKP-Fraktion nicht erst seit der Einführung der Gesamtschulen. In der Diskussion des Schulentwicklungsplanes fehlt der DKP-Fraktion daher die Diskussion um die Zielsetzung für eine Verbesserung der Qualität von Bildung in Bottrop. Damit sollten wir nun beginnen. Ziel muss es sein, allen Kindern unabhängig von ihrer Herkunft und dem Geldbeutel der Eltern eine umfassende Bildung zu garantieren. Dazu müssen detaillierte Ziele für das Schulsystem in Bottrop formuliert werden. Diese sind aus Sicht der DKP-Fraktion vor allem:

- die Senkung der Anzahl der Schüler ohne Schulabschluss;
- die Zurückführung von Schulverweigerern in das Schulsystem;
- bessere Förderung von Schülern mit Migrationshintergrund;
- die Steigerung der Anzahl von Schülern mit höheren Bildungsabschlüssen und
- die Umsetzung der Inklusion in unserem Schulsystem unter optimalen Bedingungen.

Die DKP-Fraktion wird für die erste Sitzung des Schulausschusses nach den Sommerferien dazu einen Vorschlag mit einem Katalog von Zielen für die Verbesserung der Qualität der Bildung in Bottrop einbringen. Das Schulverwaltungsamt muss jetzt, da die Empfehlungen vorliegen, gemeinsam mit den Schulen und den Pflugschaften zu Diskussionsveranstaltungen einladen. Dazu fordern wir vom Schulverwaltungsamt in Abstimmung mit dem Schulausschuss eine entsprechende Planung.

Wir benötigen eine möglichst breite Streuung der Informationen zu den vorliegenden Empfehlungen der Projektgruppe. Nur wenn wir es schaffen, eine große Akzeptanz bei Lehrern, Eltern und Schülern herbeizuführen und die Qualität der Bildung gesteigert wird, kann eine entscheidende Reform des Schulsystems in Bottrop gelingen. Die DKP wird diese Diskussion fördern und kritisch begleiten.

Ulrich Kunold, Tel.: 7734190



